

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2014/00247]

7 JANUARI 2014. — Wet tot wijziging van de wet van 23 maart 1989 betreffende de verkiezing van het Europees Parlement. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de wet van 7 januari 2014 tot wijziging van de wet van 23 maart 1989 betreffende de verkiezing van het Europees Parlement (*Belgisch Staatsblad* van 6 februari 2014).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse Vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2014/00247]

7 JANVIER 2014. — Loi modifiant la loi du 23 mars 1989 relative à l'élection du Parlement européen. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la loi du 7 janvier 2014 modifiant la loi du 23 mars 1989 relative à l'élection du Parlement européen (*Moniteur belge* du 6 février 2014).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C - 2014/00247]

7. JANUAR 2014 — Gesetz zur Abänderung des Gesetzes vom 23. März 1989 über die Wahl des Europäischen Parlaments — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Gesetzes vom 7. Januar 2014 zur Abänderung des Gesetzes vom 23. März 1989 über die Wahl des Europäischen Parlaments.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

7. JANUAR 2014 — Gesetz zur Abänderung des Gesetzes vom 23. März 1989 über die Wahl des Europäischen Parlaments

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 78 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

Art. 2 - Vorliegendes Gesetz setzt die Richtlinie 2013/1/EU des Rates vom 20. Dezember 2012 zur Änderung der Richtlinie 93/109/EG über die Einzelheiten der Ausübung des passiven Wahlrechts bei den Wahlen zum Europäischen Parlament für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, um.

Art. 3 - Artikel 1 § 2 des Gesetzes vom 23. März 1989 über die Wahl des Europäischen Parlaments, ersetzt durch das Gesetz vom 11. April 1994, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 werden die Wörter "der Europäischen Gemeinschaft" jeweils durch die Wörter "der Europäischen Union" ersetzt.
2. In Absatz 2 werden die Wörter "durch einen individuellen Beschluss in Zivil- oder Strafsachen" durch die Wörter "infolge einer gerichtlichen Einzelfallentscheidung oder eines Verwaltungsbeschlusses - sofern gegen den Beschluss gerichtliche Beschwerde eingelegt werden kann -" ersetzt.

Art. 4 - In der Überschrift von Titel 1 Kapitel 2 Abschnitt 2 desselben Gesetzes werden die Wörter "der Europäischen Gemeinschaft" durch die Wörter "der Europäischen Union" ersetzt.

Art. 5 - In Artikel 8 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 16. Juli 1993, werden die Wörter "der Europäischen Gemeinschaft" durch die Wörter "der Europäischen Union" ersetzt.

Art. 6 - In Artikel 14 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 16. Juli 1993 und abgeändert durch das Gesetz vom 11. April 1994, werden die Wörter "der Europäischen Gemeinschaft" durch die Wörter "der Europäischen Union" ersetzt.

Art. 7 - Artikel 21 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 19. Juli 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 werden die Wörter "der Europäischen Gemeinschaft" durch die Wörter "der Europäischen Union" ersetzt.
2. In § 2 Absatz 4 werden die Wörter "von einer in einer der beiden Kammern vertretenen politischen Formation" durch die Wörter "von einer politischen Formation, die in einer der parlamentarischen Versammlungen, sei es auf europäischer, föderaler, gemeinschaftlicher oder regionaler Ebene, durch mindestens einen Parlamentarier vertreten ist," ersetzt.
3. Paragraph 2 Absatz 9 wird wie folgt ersetzt:

"Für Kandidaten, die Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union sind, umfasst die Annahmeerklärung für jeden von ihnen eine unterzeichnete schriftliche Erklärung, in der:

1. ihre Staatsangehörigkeit, ihr Geburtsdatum und ihr Geburtsort, ihre letzte Anschrift im Herkunftsmitgliedstaat und die Anschrift ihres Hauptwohnortes in Belgien angegeben sind,
2. sie bescheinigen, dass sie nicht gleichzeitig Kandidat in einem anderen Mitgliedstaat sind,
3. sie bescheinigen, dass ihnen das Wahlbarkeitsrecht, das heißt das passive Wahlrecht, in ihrem Herkunftsmitgliedstaat nicht infolge einer gerichtlichen Einzelfallentscheidung oder eines Verwaltungsbeschlusses - sofern gegen den Beschluss gerichtliche Beschwerde eingelegt werden kann - aberkannt worden ist."

4. Paragraph 7 wird wie folgt ersetzt:

„§ 7 - Sobald ein Wahlvorschlag, auf dem ein oder mehrere Kandidaten vorkommen, die Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union sind, dem Vorsitzenden eines Hauptwahlvorstandes des Kollegiums ausgehändigt wird, übermittelt dieser unverzüglich dem Minister des Innern die Kandidatenliste und die in § 2 Absatz 9 erwähnten schriftlichen Erklärungen.

Der Minister des Innern oder sein Beauftragter notifiziert die in § 2 Absatz 9 erwähnte schriftliche Erklärung den zuständigen Behörden des betreffenden Herkunftsmitgliedstaates, damit diese ihn davon in Kenntnis setzen, ob der betreffenden Person ihr Wahlbarkeitsrecht, das heißt das passive Wahlrecht, in diesem Staat nicht aberkannt worden ist.

Nach Empfang dieser Information übermittelt der Minister des Innern oder sein Beauftragter sie dem Vorsitzenden des Hauptwahlvorstandes des Kollegiums und dem Greffier der Abgeordnetenversammlung.

Art. 8 - Artikel 22 Absatz 2 Nr. 4 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 25. April 2004, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wörter "belgische Kandidaten, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft wohnen und die ihrer Annahmeerklärung die in Artikel 21 § 2 Absatz 7 erwähnte Erklärung nicht beigefügt haben" werden durch die Wörter "belgische Kandidaten, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union wohnen und die ihrer Annahmeerklärung die in Artikel 21 § 2 Absatz 8 erwähnte Erklärung nicht beigefügt haben" ersetzt.
2. Die Wörter "Kandidaten, die Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft sind und die ihrer Annahmeerklärung die Erklärung und die Bescheinigung, die in Artikel 21 § 2 Absatz 8 erwähnt sind, nicht beigefügt haben oder denen laut Informationen aus dem Herkunftsstaat das Wahlbarkeitsrecht, das heißt das passive Wahlrecht, in diesem Staat aberkannt worden ist" werden durch die Wörter "Kandidaten, die Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union sind und denen laut vom Herkunftsmitgliedstaat gemäß Artikel 21 § 7 Absatz 2 übermittelter Information das Wahlbarkeitsrecht, das heißt das passive Wahlrecht, in diesem Staat aberkannt worden ist" ersetzt.

Art. 9 - In Artikel 32 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 16. Juli 1993, werden die Wörter "der Europäischen Gemeinschaften" durch die Wörter "der Europäischen Union" ersetzt.

Art. 10 - In Artikel 33 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 14. April 2009, werden die Wörter "der Europäischen Gemeinschaft" durch die Wörter "der Europäischen Union" ersetzt.

Art. 11 - Artikel 36 Absatz 2 Nr. 5 desselben Gesetzes, aufgehoben durch das Gesetz vom 26. Juni 2000, wird mit folgendem Wortlaut wieder aufgenommen:

"5. ist Artikel 178 durch folgenden Absatz zu ergänzen:

"Wird die in Artikel 21 § 7 Absatz 3 erwähnte Information über die Aberkennung des Wahlbarkeitsrechts, das heißt des passiven Wahlrechts, eines Kandidaten, der Staatsangehöriger eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union ist, dem betreffenden Hauptwahlvorstand des Kollegiums nach dem endgültigen Abschluss der Kandidatenlisten und vor der öffentlichen Verkündung der Wahlergebnisse übermittelt, verfährt der Hauptwahlvorstand gemäß den Artikeln 172 und 173, als ob dieser Kandidat nicht auf der Liste erscheinen würde, auf der er Kandidat war. Der betreffende Kandidat, der sein Wahlbarkeitsrecht, das heißt das passive Wahlrecht, in seinem Herkunftsmitgliedstaat verloren hat, darf nicht für gewählt erklärt werden und es werden ihm keine der Stimmzettel zugunsten der Vorschlagsreihenfolge zugeteilt. Die Anzahl Stimmzettel, auf denen eine Vorzugsstimme ausschließlich für ihn abgegeben worden ist oder mit Stimme im Kopffeld und neben seinem Namen, wird dagegen wohl berücksichtigt, um die Wahlziffer der Liste, auf der er Kandidat war, festzulegen.".

Art. 12 - In Artikel 39 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 11. April 1994, werden die Wörter "der Europäischen Gemeinschaft" jeweils durch die Wörter "der Europäischen Union" ersetzt.

Art. 13 - Artikel 41 Absatz 1 desselben Gesetzes, abgeändert durch die Gesetze vom 16. Juli 1993 und 5. März 2004, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nr. 1 werden die Wörter "der Europäischen Gemeinschaft" jeweils durch die Wörter "der Europäischen Union" ersetzt.
2. In Nr. 1bis werden die Wörter "das Stimmrecht nicht durch einen individuellen Beschluss in Zivil- oder Strafsachen in seinem Herkunftsstaat" durch die Wörter "das Wahlbarkeitsrecht, das heißt das passive Wahlrecht, in seinem Herkunftsmitgliedstaat nicht infolge einer gerichtlichen Einzelfallentscheidung oder eines Verwaltungsbeschlusses - sofern gegen den Beschluss gerichtliche Beschwerde eingelegt werden kann -" ersetzt.

Art. 14 - In dasselbe Gesetz wird ein Artikel 43bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. 43bis - Wird die in Artikel 21 § 7 Absatz 3 erwähnte Information über die Aberkennung des Wahlbarkeitsrechts, das heißt des passiven Wahlrechts, eines Kandidaten, der Staatsangehöriger eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union ist, dem betreffenden Hauptwahlvorstand des Kollegiums und dem Greffier der Abgeordnetenversammlung nach der öffentlichen Verkündung der Wahlergebnisse übermittelt, werden folgende Verfahren angewandt:

1. Wird diese Information vor der in Artikel 43 erwähnten Gültigkeitserklärung der Wahlverrichtungen übermittelt, kann die Wahl des ordentlich Gewählten oder Ersatzgewählten nicht für gültig erklärt werden. Die Abgeordnetenversammlung verteilt die Sitze erneut und bestimmt gemäß Artikel 36 Absatz 2 Nr. 5 erneut die Gewählten.
2. Wird diese Information nach der in Artikel 43 erwähnten Gültigkeitserklärung der Wahlverrichtungen übermittelt, verliert der ordentlich Gewählte oder Ersatzgewählte von Rechts wegen diese Eigenschaft im Europäischen Parlament."

Art. 15 - In Artikel 45 desselben Gesetzes, wieder aufgenommen durch das Gesetz vom 11. April 1994, werden die Wörter "der Europäischen Gemeinschaft" durch die Wörter "der Europäischen Union" ersetzt.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 7. Januar 2014

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Die Ministerin des Innern
Frau J. MILQUET

Mit dem Staatssiegel versehen:
Die Ministerin der Justiz
Frau A. TURTELBOOM

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIEN

[C – 2014/03115]

6 MAART 2014. — Ministerieel besluit tot vaststelling van de rentevoet van de vanaf mei 2012 uit te keren intresten voor de bij de Deposito- en Consignatiekas in bewaring gegeven consignaties, vrijwillige deposito's en borgtochten

De Minister van Financiën,

Gelet op artikel 17 van het koninklijk besluit nr 150 van 18 maart 1935 tot samenschakeling van de wetten betreffende de inrichting en de werking van de Deposito- en Consignatiekas en tot aanbrenging van wijzigingen daarin krachtens de wet van 31 juli 1934 en zoals gewijzigd door artikel 61 van de programmawet van 22 juni 2012, laatst aangevuld door art 114 van de wet van 17 juni 2013 houdende fiscale en financiële bepalingen en bepalingen betreffende de duurzame ontwikkeling;

Gelet op artikel 11, tweede lid, van de wet van 26 maart 2003 houdende oprichting van een Centraal Orgaan voor de Inbeslagneming en de Verbeurdverklaring en houdende bepalingen inzake het waarde- vast beheer van in beslag genomen goederen en de uitvoering van bepaalde vermogenssancties;

Gelet op de artikelen 28, eerste lid en 41, eerste lid van de wet van 24 juli 2008 houdende diverse bepalingen (I);

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 16 juli 2013;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister van Begroting, gegeven op 12 februari 2014,

Besluit :

Artikel 1. De consignaties, de vrijwillige bewaargevingen en alle categorieën van borgtochten, met inbegrip van bewaargevingen in euro zoals bedoeld in het eerste lid van artikel 28 van de wet van 24 juli 2008 houdende diverse bepalingen (I) die aan de Deposito- en Consignatiekas worden toevertrouwd genieten van een rentevoet die gelijk is aan het rendement van de OLO met een vaste looptijd van één jaar zoals berekend door het Rentenfonds, verhoogd met 25 basispunten.

De sommen ontvangen bij toepassing van de artikelen 3 en 5 van het koninklijk besluit van 10 januari 2002 betreffende het beheer van de door een notaris ontvangen sommen, effecten en geldswaardige papieren aan toonder en betreffende het toezicht op de boekhouding van de notarissen genieten van een rentevoet die gelijk is aan het rendement van de OLO met een vaste looptijd van één jaar zoals berekend door het Rentenfonds, verhoogd met 75 basispunten.

De sommen ontvangen van het Centraal Orgaan voor de Inbeslagneming en de Verbeurdverklaring, genieten van een rentevoet die gelijk is aan het rendement van de OLO met een vaste looptijd van één jaar zoals berekend door het Rentenfonds, verhoogd met 75 basispunten.

De sommen die geconsigneerd zijn of geconsigneerd blijven ingevolge minderjarigheid, onbekwaamheid of krankzinnigheid van de rechthebbende, of in geval van het bestaan van een vruchtgebruik en de in geld gegeven borgtochten door de hypotheekbewaarders ter garantie van hun verplichtingen ten opzichte van derden (wet van 21 ventôse, jaar VII, gewijzigd door de wet van 24 december 1906) genieten van een rentevoet die gelijk is aan het rendement van de OLO met een vaste looptijd van 3 jaar zoals berekend door het Rentenfonds.

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

[C – 2014/03115]

6 MARS 2014. — Arrêté ministériel fixant le taux d'intérêt applicable aux consignations, aux dépôts volontaires et aux cautionnements confiés à la Caisse des Dépôts et Consignations depuis mai 2012

Le Ministre des Finances,

Vu l'article 17 de l'arrêté royal n° 150 du 18 mars 1935 coordonnant les lois relatives à l'organisation et au fonctionnement de la Caisse des Dépôts et Consignations et y apportant des modifications en vertu de la loi du 31 juillet 1934, tel que modifié par l'article 61 de la loi-programme du 22 juin 2012 dernièrement complété par l'article 114 de la loi du 17 juin 2013 contenant des dispositions fiscales et financières et des dispositions concernant le développement durable.

Vu l'article 11, deuxième alinéa, de la loi du 26 mars 2003 portant création d'un Organe central pour la Saisie et la Confiscation et portant des dispositions sur la gestion à valeur constante des biens saisis et sur l'exécution de certaines sanctions patrimoniales

Vu les articles 28, premier alinéa et 41, premier alinéa de la loi du 24 juillet 2008 portant dispositions diverses (I);

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 16 juillet 2013;

Vu l'accord du Ministre du Budget, donné le 12 février 2014,

Arrête :

Article 1^{er}. Les consignations, les dépôts volontaires et toutes les catégories de cautionnements, y compris les dépôts en euro tels que visés au premier alinéa de l'article 28 de la loi du 24 juillet 2008 contenant diverses dispositions (I) qui sont confiés à la Caisse des Dépôts et Consignations jouissent d'un taux d'intérêt égal à celui du rendement des OLO à échéance fixe d'un an tel que fixé par le Fond des Rentes, augmenté de 25 points de base.

Les sommes reçues par application des articles 3 et 5 de l'arrêté royal du 10 janvier 2002 relatif à la gestion des sommes, effets et valeurs au porteur reçues par un notaire et au contrôle de la comptabilité des notaires jouissent d'un taux égal à celui du rendement des OLO à échéance fixe d'un an tel que fixé par le Fond des Rentes, augmenté de 75 points de base.

Les sommes reçues de l'Office central pour la Saisie et la Confiscation jouissent d'un taux égal à celui du rendement des OLO à échéance fixe d'un an tel que fixé par le Fond des Rentes, augmenté de 75 points de base.

Les sommes qui sont consignées ou qui restent consignées à raison de la minorité, de l'incapacité ou de la démence des ayants droits, ou en cas d'existence d'un usufruit ainsi que les cautionnements en espèce des conservateurs des hypothèques en garantie de leurs obligations à l'égard des tiers (loi du 21 ventôse, an VII, modifiée par la loi du 24 décembre 1906) jouissent d'un taux égal à celui du rendement des OLO à échéance fixe de 3 ans tel que fixé par le Fond des Rentes.